

DER AKTUELLE KONTEXT SYRISCH-ISRAELISCHER SPANNUNGEN

BEWEGUNG IN DER REGION UND STAGNATION NACH INNEN

Carsten Wieland

Wieder einmal ist die Rede von Krieg. Analysten in den lokalen Medien, die Menschen auf der Straße halten es für möglich. Nur dreieinhalb Jahre nach den verheerenden Zerstörungen im Kräftemessen zwischen Israels Regierung und Libanons faktischer „Teilregierung“, der Hisbollah, ist das Kriegsszenario in der Levante wieder wach geworden. Zwar bedeutet das noch lange nichts in der Region: Krieg bricht dort plötzlich herein, und je mehr darüber gesprochen wird, desto unwahrscheinlicher ist er in Wirklichkeit. Doch die Befürchtungen zeichnen ein Bild der gegenwärtigen Spannungslinien.

Einige im Libanon sprechen davon, Israel ziele darauf ab, durch die Besetzung von Landesteilen wie dem östlichen Bekaa-Tal Waffenlieferungen aus dem Iran via Syrien zu unterbinden, um die Hisbollah vor möglichen Luftangriffen gegen iranische Atomanlagen zu schwächen. Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah kündigte Ende Januar vorsorglich an, seine Organisation sei zu einem Schlagabtausch gerüstet und warnte Israel, dass es auf seinem gesamten Territorium verletzlich sei.¹



Dr. Carsten Wieland, geboren 1971 in Mannheim, ist Historiker, Politologe, Politikberater und Journalist. Derzeit arbeitet er bei dpa, für die er u. a. aus Israel berichtete. Er war bis Ende 2008 Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien und ist berufener Professor für Politik des Nahen Ostens an der Universidad Rosario in Bogotá.

1 | Vgl. „Nasrallah’s promise to defeat Israel is an announcement of readiness...“, in *Al-Akhbar*, 29.01.2010 (Mideast Wire).

Wieder einmal laufen die Fäden im Libanon zusammen, auch wenn die Konstellationen sich jedes Mal leicht verschieben. Diesmal geht es in erster Linie um den Iran und sein Nuklearprogramm. Der Libanon kann seinem Schicksal als Spielbrett für größere geopolitische Zusammenhänge nicht entrichten.

Gerade in den Jahren seit 2006 haben sich tief greifende Veränderungen in der Levante ergeben. Das liegt auch und vor allem an einer neuen Beweglichkeit in Damaskus. Syrien hat seinen Kopf aus der Schlinge der Isolation gezogen, die nach dem Irak-Krieg zunächst durch die USA und dann auch durch die Europäer immer enger gezogen wurde.

Doch es wäre falsch, einem Déjà-Vu zu erliegen. Gerade in den Jahren seit 2006 haben sich tief greifende Veränderungen in der Levante ergeben. Das liegt auch und vor allem an einer neuen Beweglichkeit in Damaskus. Syrien hat seinen Kopf aus der Schlinge der Isolation gezogen, die nach dem Irak-Krieg zunächst durch die USA und dann auch durch die Europäer immer enger gezogen wurde. Syriens Erfolg beruht auf einer Reihe von Entscheidungen, die

zum einen den Sprung über lange Schatten der Vergangenheit – ja durchaus Paradigmenwechsel – bedeuten, und zum anderen eine wachsende außenpolitische Reife des Präsidenten Baschar al-Assad erkennen lassen. Schon wird von einem neuen Pragmatismus Syriens gesprochen nach einer Phase der ideologischen Versteifung durch den Irak-Krieg, die sich sowohl mit Staatsräson als auch mit emotionaler Ausweglosigkeit in einem machtfährenden Umfeld erklären ließ.

Interessant an der neuen Beweglichkeit in Damaskus ist, dass sie nicht mit der Amtsübernahme von Präsident Barack Obama in den USA zusammenhängt. Denn die wichtigsten Weichenstellungen fanden im Verlauf des Jahres 2008 statt, als bei Weitem nicht klar war, wer neuer US-Präsident wird. Aus syrischer Sicht bedeutete allerdings jeder Wechsel im Weißen Haus ein Hoffnungsschimmer nach der simplistischen Gut-Böse-Rhetorik von Ex-Präsident George W. Bush. Dieser hatte Syrien auf eine erweiterte „Achse des Bösen“ verbannt. Die gute Kooperation im Geheimdienstbereich gegen militante Islamisten nach den Anschlägen des 11. September 2001 und sogar bis nach der Invasion des Irak 2003 trat in den Hintergrund.

Die bedeutendsten Entwicklungen in der syrischen Außenpolitik der letzten Jahre sind zusammengefasst:

- Die historische Loslösung vom Libanon sowohl auf ideologischer als auch auf staatsrechtlicher Ebene (das schließt

eine Fortsetzung politisch-strategischer Einflussnahme freilich nicht aus).

- Die Aufnahme von Gesprächen und persönlichen Kontakten zu syrienfeindlichen politischen Lagern im Libanon.
- Verhandlungen mit Israel über die Golan-Höhen via die Türkei, die allerdings kurz vor dem Stadium von direkten Gesprächen durch den Gaza-Krieg 2008/2009 abrupt abgebrochen wurden.
- Die rasante Vertiefung der Beziehungen zur Türkei.
- Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zum Irak und – wenn auch nicht reibungsfreie – Kooperation im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich.
- Die Entspannung mit Saudi-Arabien und damit mit dem Hariri-Lager im Libanon.
- Die Stillschweigende Wiederaufnahme der Geheimdienstkooperation mit den USA und Großbritannien, die 2003 abgebrochen wurde.
- Die Hoffähigkeit bei den meisten europäischen Staaten, besonders Frankreich, und Einladung zur Mittelmeer-Konferenz in Paris im Juli 2008.

LIBANON

Nicht mehr viele hatten auf die politische Zukunft Baschar al-Assads gewettet nach dem tödlichen Attentat auf Libanons zuletzt syrienkritischen Präsidenten Rafiq Hariri im Februar 2005. Auch wenn die Urheberschaft bis heute ungeklärt ist, zogen die syrischen Truppen auf internationalen Druck hastig ab, die seit 1976 im Libanon stationiert waren. Damit stieg auch der innenpolitische Druck auf Assad. Die zwei darauffolgenden Jahre waren wohl die bislang schwierigsten des Präsidenten, der im Juni 2000 mit nur 34 Jahren und großen Hoffnungen die Macht von seinem Vater Hafez übernommen hatte.

Heute hat Assad junior das Selbstbewusstsein wiedererlangt, Fehler Syriens im Libanon freiweg einzugestehen und sogar Saad Hariri, den heutigen Ministerpräsidenten des Libanon

und Sohn des getöteten Rafiq, mit einem Staatsempfang samt Besuch im Präsidentenpalast in Damaskus zu ehren. Auch wird an einer Visite des Drusenführers Walid Jumblat gearbeitet, der gewagt und eloquent wie kaum ein anderer im Libanon für das antisyrische Lager steht.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, dem Austausch von Botschaftern, der Klärung und offiziellen Anerkennung der Grenzen hat Syrien erstmals in der postkolonialen Geschichte den Libanon in die vollständige Unabhängigkeit entlassen.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, dem Austausch von Botschaftern, der Klärung und offiziellen Anerkennung der Grenzen hat Syrien erstmals in der postkolonialen Geschichte den Libanon in die vollständige Unabhängigkeit entlassen. Das war lange eine der Hauptforderungen westlicher Akteure an Damaskus gewesen. Schritt für Schritt ist das vor wenigen Jahren kaum Denkbare eingetreten. Syrien spielte nach langem Tardieren letztendlich auch eine konstruktive Rolle bei der zähen Regierungsbildung im Zedernstaat. Den Durchbruch zur Einigung schafften die libanesischen Parteien im Abkommen von Doha, Qatar, im Mai 2008. Damit wurde endlich der Weg zur Präsidentenwahl frei; und nach erneut langem politischem Streit konnte im November 2009 die Regierung der „Nationalen Einheit“ unter Saad Hariri seine Arbeit aufnehmen.

Auf syrischer Seite wird beklagt, dass man sich aufgrund dieses bedeutenden Richtungswechsels eine größere Anerkennung der westlichen Staaten gewünscht hätte. Denn die Regierung in Damaskus hat damit Großsyrien auch als ideologische Prämisse des syrischen Nationalismus aufgegeben. Viele Syrer sehen wegen der dichten Familienbande, kultureller Verwandtschaften und des lebhaften wirtschaftlichen Austauschs im Libanon immer noch eher ein französisches Kolonialkonstrukt als einen eigenen Staat.

Gleichzeitig gibt Syrien seinen politischen Einfluss auf den Libanon nicht auf. Das Spiel wird lediglich mit anderen Mitteln fortgeführt. Solange der Konflikt mit Israel nicht gelöst ist, ist und bleibt der kleine Nachbarstaat für Syrien ein unentbehrlicher strategischer Raum.

Gleichzeitig gibt Syrien seinen politischen Einfluss auf den Libanon nicht auf. Das Spiel wird lediglich mit anderen Mitteln fortgeführt. Solange der Konflikt mit Israel nicht gelöst ist, ist und bleibt der kleine Nachbarstaat für Syrien ein unentbehrlicher strategischer Raum. Wohl wissend, dass das hoffnungslos korrupte, technisch veraltete und unterbezahlte syrische Militär keine Chance in einem offenen Schlagabtausch mit Israel hätte, braucht Damaskus die asymmetrischen Guerilla-Qualitäten der Hisbollah. Diese Allianz stellt sich für Syrien

weiterhin als alternativlos dar. Dementsprechend wichtig ist der politische Einfluss der schiitischen Organisation in Libanons Innenpolitik. Hier hat Syrien auch in den vergangenen Monaten und Jahren nachgeholfen und wird es weiter tun. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2009 gewann das vom Westen favorisierte Hariri-Bündnis „14. März“ und nicht die pro-syrische Hisbollah-Koalition. Die Hisbollah erkannte ihre Niederlage an, hat jedoch in der Regierung der Nationalen Einheit hartnäckig ihre personellen Vorstellungen durchgesetzt. Im Großen und Ganzen verfügt die Hisbollah auf Libanons staatliche Institutionen heute über mehr politischen Einfluss als gegenüber der Zeit vor dem Sommerkrieg 2006. Langfristig war der Krieg also aus der Sicht Israels nicht nur auf der Public Diplomacy Ebene ein Desaster, sondern auch in innenpolitischen Konstellationen des Libanon ein Rückschritt.

Mit anderen Worten: Kein Problem im Libanon ist wirklich gelöst. Zwar haben die UNIFIL-Truppen ihre Beobachtungsposten nach 2006 im Südlibanon eingenommen, doch eine tatsächliche Entwaffnung der Hisbollah wagt niemand auch nur anzudeuten. Zu eindringlich war die Warnung der radikalen Schiiten-Organisation vor einer Beschneidung ihres Einflusses, als ihre Kämpfer im Mai 2008 erstmals ihre Waffen nach innen richteten und einige Stadtviertel Beiruts einnahmen, wenn auch nur für wenige Tage und ohne bis zu einem Coup d'Etat zu gehen. Auch viele Nicht-Schiiten und Hisbollah-Kritiker betrachten die Milizen der „Partei Gottes“ als Garantie libanesischer Souveränität gegenüber Israel, da die gesamtstaatlichen Organe des Landes weiterhin fragil sind, das säkular auftretende Militär eingeschlossen.

Die Regierung der Nationalen Einheit unter Saad Hariri bleibt eine zerbrechliche Klammer, die größere Spannungen kaum aushalten kann. Umso wichtiger ist es, dass die äußeren Akteure, besonders Syrien, Iran und Saudi-Arabien, das Interesse an einer relativen Ruhe im Libanon derzeit nicht verlieren. Die jüngste Annäherung zwischen Syrien und Saudi-Arabien sowie zwischen Syrien und seinen libanesischen Gegnern ist daher ein konstruktiver Schritt, ohne die Interessensgegensätze grundsätzlich zu entschärfen.

Die Regierung der Nationalen Einheit unter Saad Hariri bleibt eine zerbrechliche Klammer, die größere Spannungen kaum aushalten kann. Umso wichtiger ist es, dass die äußeren Akteure, besonders Syrien, Iran und Saudi-Arabien, das Interesse an einer relativen Ruhe im Libanon derzeit nicht verlieren.

ISRAEL

Im Kontrast zu den Bewegungen in seiner Nachbarschaft herrscht in Israel derzeit eher politische Stagnation. Seit dem Krieg im Gaza-Streifen und dem Beginn der neuen Legislaturperiode Anfang 2009 hat es keine nennenswerten Initiativen aus Israel weder in Richtung arabischer Nachbarländer noch in Bezug auf die Palästinenser gegeben.

Im Kontrast zu den Bewegungen in seiner Nachbarschaft herrscht in Israel derzeit eher politische Stagnation. Seit dem Krieg im Gaza-Streifen und dem Beginn der neuen Legislaturperiode Anfang 2009 hat es keine nennenswerten Initiativen aus Israel weder in Richtung arabischer Nachbarländer noch in Bezug auf die Palästinenser gegeben. Das Vertrauen der Türkei in Israel ist seit dem Gaza-Krieg tief zerrütet, und weder die Probleme im Gaza-Streifen noch im Westjordanland sind gelöst. Eine Strategie ist nicht zu erkennen außer dem generellen Festhalten am Ausbau jüdischer Siedlungen im Westjordanland und der jüdischen Präsenz in Ost-Jerusalem. Israel steht derzeit kaum unter Druck. Die Zeit läuft eher für die Hardliner im Land. Die Sicherheitslage ist recht stabil im Vergleich zu früheren Jahren, als palästinensische Selbstmordattentäter fast monatlich neue Opfer unter der israelischen Bevölkerung forderten. Auch der Raketenbeschuss der Hamas aus dem Gaza-Streifen hat vorerst nachgelassen.

Das Verharren auf dem Status quo geht einher mit fehlenden Impulsen aus Washington und tiefen Gräben innerhalb der israelischen Regierung selbst. Besonders beim Umgang mit Syrien wird dies deutlich. Regierungschef Benjamin Netanjahu und sein Außenminister Avigdor Lieberman vertraten Anfang Februar dieses Jahres kontrastreiche Positionen. Sollte es zu einem Krieg mit Syrien kommen, sagte Liebermann, so sei das Ziel nichts weniger als der Sturz der Assad-Dynastie. Syrien solle zudem seine Träume endgültig aufgeben, den Golan zurückzuerhalten. Netanjahu ließ dagegen erklären, Israel sei weiterhin an Verhandlungen mit Syrien – ohne Vorbedingungen – interessiert und für die Mediation einer „fairen dritten Partei“ aufgeschlossen. Ohne Vorbedingungen heißt: Netanjahu distanziert sich von den Versprechen früherer Regierungen an Syrien, den Golan (vollständig) zurückzugeben. Darüber hinaus erteilte der Ministerpräsident den Mitgliedern seines Kabinetts Redeverbot in Bezug auf Syrien.

Liebermann hatte auf eine Attacke von Syriens Außenminister Walid al-Muallem reagiert, der sagte, ein nächster Krieg würde bis in Israels Städte reichen. Zuvor hatte Assad gegenüber dem spanischen Außenminister Miguel Angel Morati-

nos die Befürchtung geäußert, Israel wolle keinen Frieden, sondern dränge die Region in einen Krieg.² An anderer Stelle betonte Assad, das einzige, was Israel langfristig schützen könne, sei Frieden.³

Netanjahu hatte mehrfach in seiner politischen Karriere erkennen lassen, dass er einer Lösung mit Syrien aufgeschlossen gegenübersteht. Damit hätte er den Rücken frei für ein entschiedenes Vorgehen im Konflikt mit den Palästinensern. Doch seit dem Irak-Krieg ist die Vernetzung von Israels Feinden immer enger geworden, und die Frage stellt sich für Israel: Ist ein Frieden mit Syrien heute immer noch gleichzusetzen mit einer regionalen Befriedung? Oder sind die Interessen der Hisbollah – zunehmend im Verbund mit der Hamas – sowie des Iran mit seinem Nuklearprogramm inzwischen nicht so starke Selbstläufer geworden, dass auch Syrien nicht mehr mäßigend auf sie einwirken könnte?

Auch wenn mit Syrien „nur“ ein Territorialkonflikt besteht, wäre ein Friedensvertrag ein strategischer Gewinn für Israel. Aber selbst wenn Netanjahu wollte, ist keineswegs sicher, ob er – oder jeder andere israelische Regierungschef in der extrem fragilen Parteienlandschaft – eine teilweise oder vollständige Rückgabe des Golan innenpolitisch überleben würde. Hier kritisiert die syrische Seite, sie habe derzeit in Israel keinen ernsthaften Verhandlungspartner, versucht mit ihrer Verhandlungsbereitschaft jedoch konziliante Signale an Washington zu senden, um Schritt für Schritt die Sanktionen aus der Bush-Ära zu beenden.

Auch wenn mit Syrien „nur“ ein Territorialkonflikt besteht, wäre ein Friedensvertrag ein strategischer Gewinn für Israel. Aber selbst wenn Netanjahu wollte, ist keineswegs sicher, ob er – oder jeder andere israelische Regierungschef in der extrem fragilen Parteienlandschaft – eine teilweise oder vollständige Rückgabe des Golan innenpolitisch überleben würde.

Mit Blick auf Syrien existieren zwei sich zunächst widersprechende Thesen: (1) Baschar al-Assad braucht das Tauziehen um den Golan zur internen, ideologischen Legitimation als arabisches Sprachrohr gegen Israel und um von hauseigenen Problemen abzulenken; (2) die Befreiung des Golan würde

2 | Vgl. „Israel warns Syria it would lose future war“, in: *AP*, 04.02.2010; „Why did Al-Muallem warn Israel against attacking Syria or South Lebanon?“, in: *Al-Akhabar*, 05.02.2010 (Mideast Wire); „Israels Außenminister droht Assad mit Sturz“, in: *NZZ-Online*, 04.02.2010.

3 | Gespräch zwischen Baschar al-Assad und Seymour M. Hersh Ende Dezember 2009, Zitate veröffentlicht in: *The New Yorker*, 03.02.2010, www.newyorker.com/online/blogs/newsdesk/2010/02/direct-quotes-bashar-assad.html [20.2.2010].

seine interne Legitimation deutlicher stärken als der jetzige Zustand.

In der dialektischen Auflösung dieser Thesen steht zwar fest, dass Assad außen- und innenpolitische Niederlagen hat einstecken müssen bis hin zum Zweifel an seiner Fähigkeit, die Interessen des Landes ausreichend vertreten zu können. Seit der Libanon-Krise 2005 sind diese kritischen Stimmen jedoch weniger geworden. Assad bräuchte einen durchschlagenden, kurzfristigen Erfolg heute weniger dringend als noch vor ein paar Jahren. Nichtsdestotrotz wäre eine als gerecht empfundene Verhandlung um den Golan für sein innen- wie außenpolitisches Standing eine sehr willkommene Stärkung. Sein ohnehin recht großer Rückhalt in der Bevölkerung würde bei vielen in Begeisterung umschlagen und den Syrern ein Gefühl der „historischen Gerechtigkeit“ vermitteln. Die syrischen Staatsmedien würden dies entsprechend begleiten. Dieser Erfolg könnte im Laufe der Zeit allerdings verblassen vor dem Hintergrund anderer Probleme durch die wirtschaftliche Öffnung, die Ressourcenknappheit oder innenpolitische und soziale Spannungen.

Andererseits ist ohne viel Phantasie vorstellbar, dass Israel und Syrien genügend Argumente fänden, um ein äußeres Feindbild aufrechtzuerhalten, um von eigenen Problemen abzulenken, selbst wenn sie auf dem Papier einen Friedensvertrag unterzeichnet haben. Aus syrischer Sicht bliebe Israel weiterhin eine Besatzungsmacht, ob der Okkupation der Schebaa-Farmen an der Grenze zum Libanon wegen oder des ungelösten Konflikts mit den Palästinensern. In einem Gespräch mit dem US-Journalisten Seymour M. Hersh Ende Dezember 2009 deutete Assad in diese Richtung: „Wenn sie [die Israelis] sagen, Ihr könnt den gesamten Golan zurück haben, dann haben wir einen Friedensvertrag. Aber sie können von mir nicht erwarten, dass ich ihnen den Frieden gebe, den sie erwarten“, wenn andere Probleme ungelöst bleiben.⁴

Für Israel wiederum bliebe Syrien ein anti-zionistisches und pan-arabistisches Sprachrohr. Solange keine Reform des Wahlgesetzes die Parteienlandschaft in Israel stabilisiert, werden starke unpopuläre Entscheidungen schwierig und der äußere Feind als Projektionsfläche für innenpolitische Profilierungen unentbehrlich bleiben. Zwar könnte ein Abkommen

4 | Vgl. Ebenda.

zwischen beiden Staaten eine friedfertige Nachbarschaftspolitik anstreben (was in den neunziger Jahren im Gespräch war), doch die Erfahrungen im Nahen Osten zeigen, dass die Register politischer Rhetorik von beiden Seiten konjunkturabhängig gezogen werden.

Auch die Hisbollah hat schließlich ihre Legitimationsgrundlage im Libanon ausreichend diversifiziert, um nach dem (unvollständigen) Rückzug Israels aus dem Südlibanon im Mai 2000 weiterhin eine Rolle spielen zu können. Die Schebaa-Farmen sind nur ein kleiner Teil der Argumentation. Die zunehmende Loslösung von ihrer selbst ursprünglich rein national definierten Aufgabe der Landesverteidigung hat die Hisbollah stärker in den israelisch-palästinensischen Konflikt hineingetragen durch die Unterstützung der sunnitischen Hamas.

Auch die Hisbollah hat schließlich ihre Legitimationsgrundlage im Libanon ausreichend diversifiziert, um nach dem (unvollständigen) Rückzug Israels aus dem Südlibanon im Mai 2000 weiterhin eine Rolle spielen zu können.

Dennoch bestünde das Interesse Israels, in einem Friedensabkommen mit Syrien einen dämpfenden Einfluss auf die Hisbollah zu erwirken (da sich die Hisbollah kaum militärisch besiegen lässt). Doch bis hin zu einer regionalen Befriedung wird es ein langer Weg bleiben. Der Konflikt um die Besatzung der palästinensischen Gebiete wird letztendlich ausschlaggebend sein.

Von den aktuellen drei Hauptkritikpunkten „des Westens“ an Syrien a) Beziehungen zum Iran, b) Unterstützung der Hisbollah und c) Asyl für palästinensische Organisationen auch islamistischer Couleur wie der Hamas erscheint die Bande mit der Hisbollah die stärkste und die Allianz mit dem Iran die schwächste Komponente.

Zwar wird sich die syrische Seite derzeit nicht zum Bruch mit dem Iran bewegen lassen. Als Vorbedingung für Gespräche ist dies daher wenig konstruktiv. Je mehr sich die syrischen Politiker aus den westlichen Hauptstädten diktiert fühlen, desto empfindlicher reagieren sie. Alternativen und entsprechende Anreize fehlen bisher nämlich. Wenn Syrien einen Draht nach Teheran hält, liegt dies unter Umständen sogar im Interesse des Westens.

Doch die Frage der Beziehungen zum Iran könnte sich am ehesten von den drei Punkten von selbst lösen. Die Erosion des Mullah-Regimes im Iran ist spätestens seit den umstrit-

tenen Wahlen in Teheran im Juni 2009 im Gange. Wer hätte noch vor wenigen Jahren oder nur Monaten gedacht, dass Präsident Assad selbst mit Blick auf Soft Power fester im Sattel sitzt als Irans Präsident Ahmedinejad? Schon jetzt hat Syrien sein Verhältnis zum Iran mit der Freundschaft zur Türkei in einen breiteren Kontext gestellt. Die Bande zum Iran zu brechen würde für Syrien in der jetzigen Konstellation bisher zwar noch mehr Nachteile als Vorteile bringen. Doch wie weit Syrien ginge, um dem Iran beizustehen, ist offen. Vor einem automatischen Beistandspakt im Falle eines Angriffs auf den Iran von Seiten der USA und/oder Israels ist Syrien bisher jedenfalls zurückgeschreckt. Der Ernstfall würde Syrien in große Probleme stürzen.

Die schwierige diplomatische Herausforderung Israels und der USA wird im Falle eines Angriffs auf den Iran darin liegen, Syrien ruhigzustellen. Ein Krieg mit dem Iran, Syrien und der Hisbollah im Libanon zugleich wäre eine Katastrophe für die Region.

Die schwierige diplomatische Herausforderung Israels und der USA wird im Falle eines Angriffs auf den Iran darin liegen, Syrien ruhigzustellen. Ein Krieg mit dem Iran, Syrien und der Hisbollah im Libanon zugleich wäre eine Katastrophe für die Region. In diesem Sinn lassen sich die vorsichtigen Worte Netanjahus zu Syrien in Abgrenzung zu seinem Außenminister Lieberman einordnen.

TÜRKEI

Seit Assads bahnbrechendem Besuch in der Türkei im Januar 2004 und zahlreicher folgender Gegenbesuche haben sich die Beziehungen beider Länder radikal verändert. Standen beide Seiten zur Jahrtausendwende wegen der Kurden- und der Wasserfrage noch kurz vor einem Krieg, halten sie heute gemeinsame Kabinettsitzungen ab. Seit Oktober 2009 können Bürger beider Länder visumsfrei die gemeinsame Grenze überqueren. Besonders für Syrien, das sich jahrzehntelang abgeschottet hatte, bedeutet dieser Schritt viel. Das gilt auch für den freien Warenverkehr. Nur iranische Reisende besitzen in Syrien das gleiche Privileg.

Stillschweigend hat Syrien die normative Kraft des Faktischen anerkannt und seinen Anspruch auf die Region Antakya aufgegeben, welche aus syrischer Sicht zum historischen Großsyrien gehört, die kolonialen Franzosen 1939 aber der Türkei abtraten. Selbst in staatlichen syrischen Medien sind veränderte Landkarten mit einem türkischen Antakya schon zu sehen gewesen. Zu groß sind die Gewinne Syriens aus einer

Freundschaft mit der Türkei, als dass nationalistischer Revisionismus dies behindern würde.

Vergessen scheinen auch die Animositäten aus der osmanischen Zeit. Die Geschichtsschreibung der arabischen Provinzen des alten Istanbuls hatte die Periode gerne als dunkles Zeitalter des Kolonialismus beschrieben. Die modernen Allianzen der Türkei als NATO-Mitglied mit einer engen, auch militärischen Kooperation mit Israel halfen ebenso wenig, das türkisch-syrische Verhältnis aufzuhellen. Beide standen sich mit großem Misstrauen gegenüber. Dieses ist heute dem Gefühl und der Verpflichtung einer „Familienbande“ gewichen, wenn man den Worten von führenden Politikern beider Seiten glauben mag.

Die gemäßigt islamische Regierung der AKP unter Tayyip Erdogan hat das schwierige Unterfangen begonnen, das türkische Nationsverständnis zu de-ethnisieren. Türkisch, so sagt Erdogan, soll als zivile Staatsbürgerschaft verstanden werden, die ethnische Subidentitäten (wie die kurdische) integrieren könne. So rückt die Religion als Bindeglied wieder stärker in den Vordergrund und damit das Gemeinsame zwischen der Türkei und ihren arabischen Nachbarn, ohne die westlichen Verpflichtungen und Ambitionen aufzugeben. Die türkisch-syrische Kooperation erscheint plötzlich im Licht einer fruchtbaren gemeinsamen Vergangenheit.

Die türkische Außenpolitik der „null Probleme“ mit allen Nachbarn hat die Türkei zu einem wachsenden politischen Faktor als Bindeglied zwischen Europa und dem Nahen Osten gemacht. Zwar nähert sich der türkische Diskurs – auf der Straße wie in der Regierung – auch emotional dem arabischen an mit Blick auf die Besetzung der palästinensischen Gebiete. Die Beziehungen zu Israel sind merklich abgekühlt. Doch noch immer besitzt die Türkei genügend Vertrauen auf beiden Seiten, um einen Dialog zwischen Syrien und Israel zu Stande zu bringen.

Die türkische Außenpolitik der „null Probleme“ mit allen Nachbarn hat die Türkei zu einem wachsenden politischen Faktor als Bindeglied zwischen Europa und dem Nahen Osten gemacht. Zwar nähert sich der türkische Diskurs – auf der Straße wie in der Regierung – auch emotional dem arabischen an mit Blick auf die Besetzung der palästinensischen Gebiete. Die Beziehungen zu Israel sind merklich abgekühlt. Doch noch immer besitzt die Türkei genügend Vertrauen auf beiden Seiten, um einen Dialog zwischen Syrien und Israel zu Stande zu bringen.

Die im Mai 2008 begonnenen Shuttle-Verhandlungen standen kurz vor der Phase, in direkte Gespräche überzugehen, als die israelische Gesprächsdelegation im Dezember 2008 unter einem Vorwand abreiste und wenige Tage

später mitten im israelischen Wahlkampf die Bombardierung des Gaza-Streifens begann, mit dem Ziel, den Raketenbeschuss der Hamas zu beenden. Das israelische Vorgehen hat die türkische Seite als tiefen Vertrauensbruch gewertet. Es folgten bisher ungekannt emotionale Attacken Erdogans gegen Israels Präsident Schimon Peres auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2009. Der türkische Regierungschef wurde dabei schnell zum Helden der arabischen öffentlichen Meinung, weil er wie kein arabischer Staatschef (Syrien ausgenommen) das israelische Vorgehen im Gaza-Streifen verurteilte.

Die guten Beziehungen mit der Türkei sind für Syrien sicherlich der größte Erfolg der letzten Jahre. Damit hat Damaskus seine Außenpolitik geschickt diversifiziert. Der Westen kann nichts gegen Beziehungen zur Türkei haben, zum Iran dagegen schon. Syrien gewinnt auch wirtschaftlich, da es strategisch günstig zwischen der wirtschaftsstarken Türkei und den arabischen Märkten gelegen ist. Der Ausbruch Syriens aus der Isolation hat also eine wichtige regionale Komponente (Saudi-Arabien eingeschlossen) und ist nicht nur mit Blick auf den Westen zu sehen.

Optimisten sehen in dieser neuen Beziehung nicht nur einen strategischen Vorteil, sondern auch die Möglichkeit, dass der entspanntere Umgang der Türkei mit seinen ethnischen Minderheiten auch in die Region ausstrahlen könnte. Das betrifft besonders die Kurden im Nordosten Syriens. Doch bisher ist hier kein Entgegenkommen der arabisch-nationalistischen Zentralmacht in Damaskus zu beobachten, eher ein verschärftes Vorgehen in jüngster Zeit, das zum Beispiel den Erwerb von Grundeigentum durch Kurden zusätzlich erschwert.

IRAN

Der Irak-Krieg hat in mehrfacher Weise zu Ergebnissen geführt, die langfristig weder im Sinne der USA noch Israels liegen, sondern deren Sicherheitsinteressen gefährden. Durch das Auseinanderdriften der irakischen Volksgruppen und durch kurdische Autonomiebestrebungen im Nordirak ist eine ganz konkrete Interessengemeinschaft zwischen Syrien, der Türkei und vorerst noch dem Iran entstanden. Alle drei Länder sind an einem kurdischen Nationalismus nicht interessiert. Doch

Durch das Auseinanderdriften der irakischen Volksgruppen und durch kurdische Autonomiebestrebungen im Nordirak ist eine ganz konkrete Interessengemeinschaft zwischen Syrien, der Türkei und vorerst noch dem Iran entstanden. Alle drei Länder sind an einem kurdischen Nationalismus nicht interessiert.

die Interessengemeinschaft zwischen dem Iran und Syrien geht weitaus tiefer. Auch die Beziehungen zwischen Syrien und dem Iran sind eher von politischem Opportunismus als von weit reichender Interessenkongruenz oder ideologischer Gemeinsamkeit geprägt.

Der Handel mit dem Iran entwickelt sich schleppender als der mit der Türkei trotz aller politischen Rhetorik. Syrische Diplomaten alter Schule lehnen den Begriff „Allianz“ in Bezug auf den Iran ganz ab. Eine allzu einseitige Ausrichtung auf den Iran könnte Syrien langfristig eher schaden. Um sein Militär halbwegs auf modernem Stand zu halten, ist der Iran alleine ebenfalls kein idealer Partner. Vor allem lauern im Irak Gefahren für das bilaterale Verhältnis zwischen Syrien und dem Iran.⁵

Zwar erscheint es derzeit noch illusorisch, Syrien zur Aufgabe der bilateralen Zusammenarbeit mit dem Iran zu bewegen. Nicht zuletzt war der Iran der Verbündete in höchster Not, als sich die Welt (auch die meisten arabischen Regierungen) von Damaskus abwandte und aus Washington die Töne vom Regime Change immer lauter wurden. Doch wie Analysten in Damaskus hinter vorgehaltener Hand bemerken, verläuft im syrisch-iranischen Verhältnis eine Sollbruchstelle, die in den kommenden Jahren stärker sichtbar werden und aufbrechen könnte.

Syrien – ebenso wie die Türkei – ist an einem zentralen irakischen Staatsverband interessiert, während Teheran seinen Einfluss auf den schiitischen Süden des Iraks ausdehnt. Sollte es eines Tages zu Autonomiebestrebungen der Schiiten oder zu einem ideologischen Anschluss an den Iran kommen, würden die Kurden mit großer Sicherheit die Gunst der Stunde nutzen, den Staatsverband verlassen und einen sunnitischen Rumpfirak übrig lassen. Ein solches Szenario würde das syrisch-iranische Verhältnis schwer belasten. Auf absehbare Zeit wird allerdings die Hisbollah die stärkste Interessenklammer zwischen beiden Staaten bleiben. Und erneut mündet jede Analyse wieder in den israelisch-palästinensischen Konflikt.

5 | Vgl. „Reshuffling the cards: Syria’s evolving strategy (I)“, International Crisis Group“, in: *Middle East Report No. 92*, Dezember 2009, S. 8.

IRAK

Syriens Blick auf den Irak hat sich gewandelt. Das Regime in Damaskus hatte zunächst das Interesse, die Unruhen im Nachbarland möglichst nicht abebben zu lassen, um die Amerikaner beschäftigt und von Damaskus abzuhalten, quasi als eigene Überlebensversicherung.

Syriens Blick auf den Irak hat sich gewandelt. Das Regime in Damaskus hatte zunächst das Interesse, die Unruhen im Nachbarland möglichst nicht abebben zu lassen, um die Amerikaner beschäftigt und von Damaskus abzuhalten, quasi als eigene Überlebensversicherung. Eine Zusammenarbeit mit den USA des George W. Bush versprach keine Ergebnisse. Doch spätestens ab 2008 beginnt das syrische Interesse an einem nicht weiter zerfallenden Irak zu überwiegen – ebenfalls aus blankem Selbstschutz.

Nach 24 Jahren Unterbrechung nahmen beide Staaten 2006 wieder diplomatische Beziehungen auf. Eine Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich hat begonnen. Allerdings ist diese keineswegs reibungsfrei. Im August 2009 warf die irakische Regierung der syrischen vor, Terroristen über die Grenze gelassen zu haben, die in Bagdad Anschläge verübten. Damaskus zeigte sich empört und warf Iraks Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki vor, vom eigenen Versagen in Fragen Sicherheit ablenken zu wollen. Beweise hatte der Irak in diesem Fall nicht vorlegen können.

Es ist klar, dass je nach Lage Syrien einen konstruktiven oder destabilisierenden Einfluss auf die Sicherheit des Irak ausüben kann. Daher ist das gewandelte Interesse zu Gunsten eines stabilen Irak als Teil der syrischen Staatsräson ein positiver Schritt. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind in jeder Hinsicht besser als in der meisten Zeit ihrer jüngsten Vergangenheit, als die Präsidenten Saddam Hussein und Hafez al-Assad um die ideologische Vorherrschaft des pan-arabischen Baathismus in der arabischen Welt rangen.

SAUDI ARABIEN

Die geostrategische Stärkung des Iran nach dem Irak-Krieg hat das Problem der arabischen Solidarität wieder drängender werden lassen. Besonders die Divergenz zwischen Syrien und Saudi-Arabien (teilweise im antisyrischen Verbund mit Ägypten) war nach dem Mord an Libanons Premierminister Hariri, der wirtschaftlich stark in Saudi-Arabien engagiert war und einen saudischen Pass hatte, lange ein bestimmender Faktor gewesen. Das führte mitunter zur Lähmung der ohne-

hin fragilen pan-arabischen Zusammenarbeit wie beim weit reichenden Boykott des Gipfels der Arabischen Liga im März 2008 in Damaskus.

Seither hat sich jedoch einiges verändert. Präsident Assad und König Abdullah bin Abd al-Aziz haben eine Reihe Briefe, politische Delegationen bis zu persönlichen Besuchen ausgetauscht. Die Entspannung im Libanon zwischen dem pro-syrischen und dem pro-saudisch-westlichen Lager ist eine Folge der pragmatischeren Beziehung zwischen beiden Ländern. Zwar stehen sich Riad und Damaskus weiterhin als ideologische und gesellschaftspolitische Antipoden gegenüber. Doch könnte ebenso der Gegensatz zwischen dem Iran und Syrien in dieser Hinsicht kaum größer sein, und dennoch finden sich genügend Konvergenzen angesichts gemeinsamer Feinde. Falls es zu einem Krieg gegen den Iran kommen sollte, wird der neue Draht nach Damaskus für das wahhabitische Königreich von strategischer Bedeutung sein.

Von unerwarteter Seite ist ein Grund für Saudi-Arabien hinzugekommen, den Schulterschluss unter den arabischen Akteuren zu suchen. Der Dualismus zwischen Saudi Arabien und dem Iran um die Rolle der Regionalhegemonie im Mittleren Osten hat mit den aufflammenden Kämpfen im Jemen an Schärfe gewonnen. Um gegen die schiitischen Rebellen im Nordjemen vorzugehen und deren Rückenwind aus dem Iran zu stoppen, braucht Saudi-Arabien Unterstützer im sunnitisch-arabischen Lager, auch von Syrien, das zumindest mehrheitlich sunnitisch geprägt ist. Zudem ist Saudi-Arabien nicht an einer Stärkung der Hisbollah im Libanon gelegen. Trotz seiner Schwächung ist Syrien in vieler Hinsicht noch immer ein Schlüssel zur politischen Befriedung des Libanon.

Von unerwarteter Seite ist ein Grund für Saudi-Arabien hinzugekommen, den Schulterschluss unter den arabischen Akteuren zu suchen. Der Dualismus zwischen Saudi Arabien und dem Iran um die Rolle der Regionalhegemonie im Mittleren Osten hat mit den aufflammenden Kämpfen im Jemen an Schärfe gewonnen. Um gegen die schiitischen Rebellen im Nordjemen vorzugehen und deren Rückenwind aus dem Iran zu stoppen, braucht Saudi-Arabien Unterstützer im sunnitisch-arabischen Lager, auch von Syrien, das zumindest mehrheitlich sunnitisch geprägt ist.

USA

Obwohl sich Syrien und Israel auf die Türkei als Vermittler eingelassen haben, wissen alle Beteiligten, dass ein Abkommen zwischen den Erzfeinden nicht ohne Garantien der Vereinigten Staaten zu Stande kommen kann und Bestand haben wird. Besonders Syrien ist daran interessiert, dass die berühmte „letzte Meile“ mit den USA gegangen wird. Denn

niemand sonst kann Israel zu Zugeständnissen bewegen. Mit Blick auf die weltweite Machtbalance betonte Assad im Gespräch mit Seymour M. Hersh, eine starke USA sei besser als eine schwache.

Doch derzeit sind die USA weit davon entfernt, eine treibende Rolle im Nahen Osten zu spielen. Trotz des geänderten Tonfalls aus Washington gegenüber der muslimischen Welt sind viele Araber von der US-Regierung enttäuscht.

Doch derzeit sind die USA weit davon entfernt, eine treibende Rolle im Nahen Osten zu spielen. Trotz des geänderten Tonfalls aus Washington gegenüber der muslimischen Welt sind viele Araber von der US-Regierung enttäuscht. Die Erwartungen waren hoch. Möglicherweise hat Obama seine Rede in Kairo zu

früh gehalten, lange bevor er beginnen konnte, seine neuen Vorsätze in praktische Politik umzusetzen.

Das liegt weniger an fehlendem Problembewusstsein. Obama weiß, dass sich seine zwei Vorgänger eher durch hektische Nahost-Diplomatie in den letzten Monaten ihrer Amtszeiten denn als Friedensmacher ausgezeichnet haben. Es sind die innenpolitischen Hürden in den USA, die eine Nahostpolitik im Sinne Obamas derzeit unmöglich machen. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise wird die Debatten in den USA noch lange prägen, ebenso wie das Jahrhundertprojekt einer allgemeinen Krankenversicherung.

Sobald Obama in dieser Lage auch noch das Thema Nahostkonflikt angehen würde, verschöben sich die politischen Konstellationen zusätzlich zu seinem Nachteil. Denn aus der Netanjahu-Regierung ist in Bezug auf einen palästinensischen Staat kein leichtes Entgegenkommen zu erwarten. Will Obama Verbündete gewinnen, um Druck auf Israels Führung auszuüben, den Siedlungsbau zu stoppen oder mit den Palästinensern oder mit Syrien in konkrete Verhandlungen zu treten, muss er zunächst die wichtigen innenpolitischen Projekte unter Dach und Fach gebracht haben. Sonst gefährdet er sein gesamtes politisches Erbe. Denn nach den Hürden im eigenen Land müsste Obama neue Allianzen im Kongress schmieden, um etwas im Nahen Osten zu bewegen. Und diese würden sich nicht zwangsläufig entlang der derzeitigen innenpolitischen Spaltungslinien formieren.

Vor den Gouverneurswahlen in 36 US-Bundesstaaten im November dieses Jahres wird sich im Nahost-Konflikt nicht viel bewegen. Die syrische Seite wartet auf ein Engagement aus Washington, bevor sie zu Zugeständnissen bereit ist. Präsi-

dent Assad hat seinen Amtskollegen Obama bereits nach Syrien eingeladen. Bisher sind die politischen Kontakte allerdings über die Ebene zahlreicher Delegationsbesuche nicht hinausgekommen.

Dennoch sind Fortschritte erkennbar: Syrien hat sich erneut bereit erklärt, Geheimdienst-Informationen mit der amerikanischen CIA und dem britischen MI6 auszutauschen. Gleichzeitig machte Damaskus aber auch klar, dass diese Kooperationsbereitschaft nicht wie unter George W. Bush eine Einbahnstraße bleiben dürfe. Sonst sei die Zusammenarbeit bald wieder zu Ende.⁶ Ein weiteres positives Zeichen: Ende Januar wurde nach einem Vakuum von fast fünf Jahren endlich die neue Spitzenbesetzung der US-amerikanischen Botschaft in Damaskus bekannt gegeben. Das ist zweifellos eine wichtige Investition in die bilateralen Beziehungen, da den Syrern die Wiederherstellung der politischen Augenhöhe ein nicht zu unterschätzender Faktor ist. Würde Obama tatsächlich eines Tages nach Damaskus reisen, ließe die nach Anerkennung strebende syrische Seite über Vieles mit sich reden. Die Ironie dabei ist: Obama hätte derzeit wohl stärkeren Einfluss, Dinge in Syrien zu bewegen als in Israel.

INNERE ENTWICKLUNGEN IN SYRIEN

Die Hoffnung, dass sich Syrien auch im Inneren bewege, wenn es sich außenpolitisch weniger bedroht fühlt, hat sich bisher nicht erfüllt. In früheren Jahren war zu beobachten: Je mehr das syrische Regime von außen isoliert und existenziell bedroht war, desto weniger war die Führung bereit für politische Experimente und desto stärker schlug sie oppositionelle Bewegungen nieder. Der Damaszener Frühling von 2000/2001 zu Beginn von Baschar al-Assads erster Amtszeit blieb nur ein kurzes Aufflammen der säkularen intellektuellen Zivilgesellschaftsbewegung.

Die Hoffnung, dass sich Syrien auch im Inneren bewege, wenn es sich außenpolitisch weniger bedroht fühlt, hat sich bisher nicht erfüllt.

Ausgerechnet die gemäßigten säkularen Stimmen für eine Pluralisierung der syrischen Gesellschaft und schrittweise politische Reformen hat das säkularistische Baath-Regime

6 | Vgl. Gespräch zwischen Baschar al-Assad und Seymour M. Hersh Ende Dezember 2009, Zitate veröffentlicht in: *The New Yorker*, 03.02.2010 www.newyorker.com/online/blogs/newsdesk/2010/02/direct-quotes-bashar-assad.html [20.2.2010].

mundtot gemacht. Islamistische Strömungen hingegen haben an Boden gewonnen. Das liegt freilich auch an der Gesamttendenz der Islamisierung im arabischen Nahen Osten, von der sich Syrien nicht abschotten kann.

Darüber hinaus hat die Entwicklung andere Gründe. a) Eine Strategie der Regierenden in Damaskus ist, die islamistische Gefahr köcheln zu lassen und abschreckend hochzuhalten im Sinne: „Entweder bekommt Ihr die oder Ihr habt uns.“ b) Gewaltbereite Islamisten dienen in der Auseinandersetzung mit den USA als Instrument, die Besatzungsmacht im Irak zu schwächen. c) Trotz seiner säkularen Ausrichtung hat sich Syrien (nicht unbedingt mit Begeisterung) außenpolitisch mit islamistischen Partnern verbunden wie dem Iran, der Hisbolah und der Hamas. Wer vor der Tür mit dem Feuer spielt, kann es drinnen nicht völlig ignorieren. d) In einer außenpolitisch prekären Lage kann sich das syrische Regime keinen Zweifrontenkonflikt nach außen und nach innen leisten. Ein führender syrischer Oppositioneller drückte das Verhältnis des Regimes zu den Islamisten zugespitzt so aus: „Uns gehört die Macht, ihr bekommt die Gesellschaft“⁷.

Das hat zu skurrilen Zugeständnissen in jüngster Zeit geführt. Aus dem syrischen Justizministerium sickerte im Mai 2009 eine Vorlage für ein neues Personenstandsrecht heraus. Die konservativ rückgewandte Ausrichtung der Reform des Zivilkodes von 1953 (der 1975 ergänzt wurde) führte zum Skandal bei zivilgesellschaftlichen Akteuren, bei religiösen Minderheiten und gemäßigten islamischen Gelehrten zugleich. Viele sprachen von „afghanischen Verhältnissen“ in Syrien, dem einstigen Bollwerk gegen die Muslimbrüder zu Hafez al-Assads Zeiten.

Bei dieser Empörung sind interessante Phänomene in Syrien deutlich geworden. Bewegungen der Zivilgesellschaft mit deutlich formulierten Zielen haben an Einfluss gewonnen und konnten schließlich die ursprüngliche Reformversion des Personenstandsrechts durch Internet-Aktionen, Unterschriftensammlungen und Lobbyismus verhindern. Der öffentliche Druck zwang die Regierung dazu, einen neuen Vorschlag vorzulegen. Auch das oft so zahnlose Parlament, allen voran der einflussreiche Scheich und Abgeordnete Mohammed al-Ha-

basch, schmetterte den Entwurf ab. Die Gegner kritisierten auch das geheimnisvolle Zustandekommen des Papiers durch eine Kommission, deren Mitglieder nie öffentlich gemacht wurden.

Dies hatte es in Syrien bisher nicht gegeben. Solange die punktuellen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse, wie das Syrian Women Observatory, nicht das Wort „Demokratie“ in den Mund nehmen und ideologische Grundsatzdebatten vermeiden, sind ihre Spielräume offensichtlich größer geworden. Auch im Kampf gegen so genannte Ehrenmorde sind im vergangenen Jahr erste Erfolge erzielt worden. Womöglich zur Dämpfung der Empörung um das geplante Personenstandsrecht (das er hatte unterzeichnen wollen) erließ Assad ein Dekret, welches das Strafmaß bei Ehrenmorden von ein paar Monaten auf zwei Jahre erhöht. Frauenrechtsgruppen streben nun danach, diesen Strafbestand völlig aus dem Strafgesetzbuch zu verbannen und gewöhnlichen Morden gleichzustellen. In Jordanien war vor wenigen Jahren eine ähnliche Initiative von König Abdallah am Widerstand der im Parlament vertretenen Muslimbrüder gescheitert.

Unterdessen hält die Verhaftungswelle der traditionellen politischen Vertreter der Menschenrechte und der Zivilgesellschaftsbewegung in Syrien an. Im Oktober 2009 wurde Haitham Maleh im Alter von 78 Jahren festgenommen, Vorsitzender der Human Rights Association of Syria (HRAS). Der Rechtsanwalt Anwar al-Bounni, der eine von der EU unterstützte Menschenrechtsakademie in Damaskus leiten sollte, sitzt seit 2006 in Haft. Riad Seif, einst Unternehmer und eine der führenden Persönlichkeiten des Damaszener Frühlings, sitzt zum wiederholten Mal hinter Gittern trotz fortgeschrittenen Prostata-Krebses. Michel Kilo, Journalist und intellektueller Kopf der syrischen Zivilgesellschaftsbewegung, wurde zwar nach drei Jahren Haft im Juni 2009 entlassen, steht jedoch unter scharfer Beobachtung und kann sich weder politisch betätigen noch ins Ausland reisen. Hinzu kommen viele andere weniger bekannte Intellektuelle, die in den vergangenen Monaten und Jahren verhaftet wurden. Angesichts der zunehmenden Stabilisierung des Regimes ist dieses Vorgehen kontraproduktiv und übertriebene Phobie, zumal die Mitglieder der Zivilgesellschaftsbewegung, die in Syrien geblieben sind, keine Ambitionen zum Sturz der Regierung Assad haben erkennen lassen und säkulare Grundsätze teilen.

Vor diesem Hintergrund kann die mehr oder minder vorsichtige, strategisch durchaus sinnvolle Einbeziehung Syriens durch westliche Regierungen auch kritisch beurteilt werden. Einige stellen die Frage, ob es Syrien zu leicht gemacht werde, aus der Rolle des Parias zu schlüpfen. Die Mahnungen, Menschenrechte einzuhalten, wurden nach der Niederschlagung des Damaszener Frühlings international mit Leidenschaft vorgetragen, machen inzwischen aber eher den Eindruck von Pflichtübungen. Andere halten dagegen, dass das Land in den vergangenen Jahren vielfach ebenso unkritisch isoliert und stigmatisiert worden sei und dies eine nur folgerichtige Gegenbewegung darstelle. Außerdem solle man die Stabilität, das friedliche Zusammenleben der religiösen Minderheiten und den staatlichen Säkularismus als Werte in der Region nicht unterschätzen.

Ein Analyst in Damaskus sagte: „Die Europäer tendieren dazu, Syrien zu unterschätzen. Und die Syrer tendieren dazu, sich zu überschätzen. Deshalb reden beiden Seiten oft aneinander vorbei“. Beides kann dazu führen, sich einer Sache vorschnell zu sicher zu wähnen. Das birgt Gefahren in einer äußerst gespannten Region, in der einmal mehr von einem bevorstehenden Krieg die Rede ist.

Ein Analyst in Damaskus sagte: „Die Europäer tendieren dazu, Syrien zu unterschätzen. Und die Syrer tendieren dazu, sich zu überschätzen. Deshalb reden beiden Seiten oft aneinander vorbei“⁸. Beides kann dazu führen, sich einer Sache vorschnell zu sicher zu wähnen. Das birgt Gefahren in einer äußerst gespannten Region, in der einmal mehr von einem bevorstehenden Krieg die Rede ist. Nur aus der Türkei kommen wieder pragmatische Töne. Ende Januar

sagte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu auf die Frage, ob er sich heute eine Wiederaufnahme der Vermittlungen zwischen Syrien und Israel vorstellen könne: „Ja, warum nicht?“⁹

8 | Interview mit dem Autor im November 2009.

9 | „Turkey offers to resume Israel-Syria mediation“, in: *Reuters*, 29.01.2010.